

Ausgangspunkt

Programm für die Zukunft. Am 13. Dezember 2019 wurde die AWO 100 Jahre alt. Am 14. Dezember 2019 hat der Verband ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Ein Heft zu den zentralen Inhalten und was sie für die konkrete Arbeit vor Ort bedeuten können.



Liebe Leserin, lieber Leser,

die AWO hat im Dezember 2019 nicht nur ihren 100. Geburtstag gefeiert, sondern auch ihr Grundsatzprogramm erneuert. Dem gingen vier Jahre intensive, inspirierende innerverbandliche Diskussionen voraus.

»Die Zukunft ist offen, wir aber wollen sie gestalten.« So lautet der erste Satz des neuen Grundsatzprogramms der Arbeiterwohlfahrt. Er unterstreicht den politischen Anspruch des Verbandes und des Programms gleichermaßen. Vorangestellt sind die fünf Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Sie haben zum Teil eine zeitgemäße Interpretation erhalten. So etwa mit Blick auf neue Anforderungen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Sozialen Arbeit.

Die Klammer des Grundsatzprogramms bilden bewusst die Grundwerte und das Kapitel »Wir verpflichten uns«. Es gibt neue gesellschaftliche und sozialpolitische Anforderungen an das »Modell Wohlfahrtspflege« und damit auch an die AWO. Transparenz und effiziente Aufsicht sind gefordert. Entsprechend konsequent müssen wir agieren. Umso mehr, als seit vielen Monaten in zwei südhessischen Kreisverbänden durch offensichtlich kriminelles Handeln und schwere Verletzungen von AWO-Regeln massive öffentliche und verbandliche Auseinandersetzungen laufen, die sprachlos machen. Diesen und allen ähnlichen Vorgängen begegnet der Bundesverband – möglichst in Zusammenarbeit mit den zuständigen Landes- und Bezirksverbänden – rückhaltlos mit allen verbandlichen und (straf-)rechtlichen Mitteln, die zur Verfügung stehen. Richtschnur für unser weiteres Handeln ist hier der Beschluss des Präsidiums vom 31. Januar 2020 (im Heft auf S.7).

Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Wolfgang Stadler,
Vorsitzender des Vorstands

Wilhelm Schmidt,
Vorsitzender des Präsidiums

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Berit Gründler ·
Peter KuleBa v.i.s.d.P. · Wolfgang Stadler
Redaktionelle Mitarbeit Marius Mühlhausen

Konzept und Gestaltung

Stephanie Roderer, studio-pingpong.de
Gestalterische Mitarbeit
Carla Nagel

Fotografie

S. 3, 5, 6, 12, 21 AWO Bundesverband · S. 4
ver.di, 6/FOTA021368 AdS/D/FES, 6 Familien-
nachlass (Dieter Hartz) · S. 6 AWO Interna-
tional · S. 15 AWO IV Sachsen-Anhalt · S. 17
Christoph Rau · S. 2 AWO Bezirksverband
Württemberg · S. 22 Christian Klenk, upd ·
Icons: shutterstock.com und Carla Nagel

Anzeigen

TAG Agentur & Verlag
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umwelt-
management nach EMAS DE-155-00126
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit – GFA-COC-002292-MN



FAMILIE

Familienbildung

Der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) und das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) haben ein umfangreiches Positionspapier zu Chancen, Wirkungsweisen und Herausforderungen der Familienbildung veröffentlicht und fordern deren flächendeckenden Ausbau. Tagtäglich erbringen Eltern und Familien durch die Bewältigung umfassender Erziehungs-, Bildungs-, Sozialisations- und Fürsorgeaufgaben vielfältige Leistungen, die für den Zusammenhalt und die Zukunft unserer Gesellschaft grundlegend sind. Unabhängig von Bildungsstand oder sozioökonomischem Status haben Familien in unterschiedlichen Phasen ihres Familienlebens Fragen, das Bedürfnis nach Begegnung und Austausch mit anderen, aber auch nach konkreter Begleitung und Beratung. Mit dem Papier machen sich AWO und ZFF stark für ein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges und auskömmlich finanziertes Bildungs- und Unterstützungsangebot für alle Familien in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld: Familienbildung als Chance und Maßnahme universeller Prävention muss ernst genommen und gestärkt werden.

➔ Verena Wittke • 030 / 26309429
verena.wittke@awo.org



HISTORISCHES PORTRÄT

Heinrich Schulz 1872 – 1932

Heinrich Schulz war Lehrer, Reformpädagoge und sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. Als Bildungsexperte leitete er von 1906 bis 1919 den Bildungsausschuss der SPD. In seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Reichskanzlei unter Friedrich Ebert hatte er eine wichtige Scharnierfunktion zu Behörden, Ministerien und Organisationen der Sozialdemokratie inne. Marie Juchacz kooperierte in der Redaktion der Zeitschrift »Gleichheit« eng mit ihm. Schulz kann als einer der Wegbereiter der Gründung der Arbeiterwohlfahrt bezeichnet

werden. In der Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 14.12.1919 unterstützte er Juchacz' Antrag zur Gründung der AWO. Als Staatssekretär war Heinrich Schulz federführend bei der Entstehung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes beteiligt.

➔ Weitere Informationen im Historischen Archiv der AWO www.awo-historie.org



VERBAND

Neuer AWO-Bundesvorsitzender berufen

Das Präsidium der Arbeiterwohlfahrt berief einstimmig Prof. Dr. Jens Schubert (50) zum neuen Vorstandsvorsitzenden des AWO Bundesverbandes. Er folgt ab dem 1. Januar 2021 dem derzeitigen Vorsitzenden Wolfgang Stadler (66) in diesem Amt. Jens Schubert ist zurzeit Leiter des Bereichs Recht und Rechtspolitik in der Bundesverwaltung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Er ist ehrenamtlicher Richter am Bundesarbeitsgericht und am Bundessozialgericht und beschäftigt sich u.a. mit den Themen Pflege, Recht der schwerbehinderten Menschen, Entgeltgleichheit, Fragen zu Migration, ALG I und II und Grundrente. Er übt eine Forschungs- und Lehrtätigkeit aus als Professor an der Leuphana Universität Lüneburg, Leuphana Law School. »Ich freue mich, dass wir mit Jens Schubert einen Nachfolger für Wolfgang Stadler gewonnen haben, der dessen erfolgreichen Einsatz für eine gute Zukunft der AWO und für eine aktive kritisch-konstruktive Arbeit in der Sozialpolitik fortsetzen kann«, so AWO-Präsident Wilhelm Schmidt.

➔ vorsitzender@awo.org





Impressionen vom
Neujahrsempfang des
AWO Bundesverbandes
Mitte Januar 2020 in der
Berliner Kalkscheune.

NEUJAHRSEMPFANG

Start in das neue Jahr

Mitte Januar feierte der AWO Bundesverband seinen Neujahrsempfang. Rund 200 geladene Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft läuteten in der Berliner Kalkscheune das neue Jahrzehnt ein. AWO-Präsident Wilhelm Schmidt begrüßte die Gäste und betonte, dass die Arbeiterwohlfahrt auch 100 Jahre nach der Gründung eine wichtige Rolle in der Beantwortung sozialer Fragen spielt.

Autorin Jagoda Marinić würdigte in ihrer Festrede das Engagement der AWO für die Gesellschaft. Sie freute sich auf eine innovative AWO, die Zukunft mitgestaltet. Sie betonte die Bedeutung von Solidarität in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen, die Entsolidarisierungstendenzen mit sich bringen. Unter dem Stichwort »Solidarität mit sich selbst« mahnte sie: »Wer die Härte gegen sich stählt, der wird die Ellbogen gegen andere noch schneller ausfahren. Es muss dem Trend zur schicken Selbst- und Daueroptimierung von Individuum, Gesellschaft und Ökonomie etwas Menschliches entgegengesetzt werden. Etwas, in dem der Mensch als Ganzes und nicht der perfekte Mensch seinen Platz hat.«

Ein Höhepunkt des Abends war die Verleihung des Lotte-Lemke-Engagementpreises 2020. Damit wurde außergewöhnliches Engagement gewürdigt. Bei 59 Bewerbungen von kreativen Projekten fiel der Jury die Wahl alles andere als leicht. Der Lotte-Lemke-Engagementpreis 2020 ging an die Universität der 3. Generation. Das Projekt des AWO Kreisverbands Bremen ermöglicht Menschen in ihrer dritten Lebensphase nachberufliche Bildung. Das Angebot ist überwiegend kostenlos und ermöglicht auch Menschen nachberufliche Bildung, die sie sich bei



anderen Bildungsträgern nicht leisten könnten. Drei weitere Projekte wurden ehrenhalber gewürdigt.

Die Premiere eines filmischen Rückblicks auf das vergangene Jubiläumsjahr verdeutlichte eindrücklich, wie die AWO ihre Grundwerte auch 100 Jahre nach ihrer Gründung mit Leben füllt. Impressionen der Jubiläumsaktivitäten von Gliederungen und Einrichtungen in ganz Deutschland zeigten, dass nicht nur die Erfolge der Vergangenheit gefeiert werden, sondern der Verband sich vor allem ganz nach dem Jubiläumsmotto mit »Erfahrung für die Zukunft« aufstellt.

Abgerundet wurde das Programm durch Darbietungen aus einem Musical über die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt Marie Juchacz.

Der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler sieht im Neujahrsempfang einen gelungenen Auftakt für das nächste Jahrzehnt: »Das Jubiläumsjahr hat die AWO genutzt, um sich auf ihre Grundwerte zu besinnen und ihre Bedeutung für unsere heutige Gesellschaft ins Bewusstsein zu rufen. Nun starten wir nicht nur in ein neues Jahr, sondern hoffentlich in die nächsten 100 Jahre Arbeiterwohlfahrt.«

➔ info@awo.org



HELFEN SIE!

Die Menschen in Honduras fliehen vor Armut, Gewalt und Perspektivlosigkeit. Unterstützen auch Sie mit Ihrer Spende. Vielen Dank!

➔ Spendenkonto AWO International e. V.
IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00

DEMOKRATIE

Gedenken an die NS-Opfer

Zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus legte die AWO einen Kranz in Sachsenhausen nieder, um damit den millionenfach Verfolgten und Ermordeten Ehre zu erweisen. Der Gedenktag ist für die AWO Erinnerung und Mahnung zugleich: »Das nationalsozialistische Regime etablierte sich nicht über Nacht. Lange vorher bahnte sich die rechte Ideologie einen Weg in den öffentlichen Diskurs. Auch heute erleben wir wieder, wie extreme Rechte menschenverachtendes und gewaltverherrlichendes Gedankengut zu normalisieren versuchen. Als Gesellschaft dürfen wir das nicht zulassen«, so der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler.

➔ Maike Beutler • Tel 030/26309267
maike.beutler@awo.org

AWO INTERNATIONAL

Fluchtursachen bekämpfen und Zukunftsperspektiven schaffen

Fast 70 Prozent der honduranischen Bevölkerung leben in Armut. Durchschnittlich werden zehn Menschen pro Tag getötet – zehnmal so viel wie in Deutschland. So wundert es nicht, dass die Menschen vor dieser Perspektivlosigkeit fliehen und dass bereits 14 Prozent der honduranischen Bevölkerung als Migrant*innen in den USA leben. Doch der Weg dorthin ist gefährlich und die Grenze zwischen Migration und Menschenhandel fließend. In einem vierjährigen Projekt zeigen wir Jugendlichen und jungen Erwachsenen Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben in Honduras auf.

Oscár lebt in der Gemeinde Potrerillos im Südosten von Honduras und ist einer der jungen Erwachsenen, der mithilfe unserer honduranischen Partnerorganisation OCDIH erfolgreich eine Ausbildung abgeschlossen hat. Durch die Zusammenarbeit mit dem nationalen Ausbildungszentrum INFOP können die Teilnehmer*innen beispielsweise eine Ausbildung als Schreiner*in oder Elektriker*in machen. Begleitend erhalten die Jugendlichen psychosoziale Betreuung und Unterstützung bei der Erarbeitung ihres Geschäftsmodells.

➔ mail@awointernational.de
www.awointernational.de





WOHLFAHRTSMARKEN

Neue Wohlfahrtsmarke da!

Die neue Wohlfahrtsmarkenserie 2020 spiegelt den Aktionsreichtum des bekannten und beliebten Märchens »Der Wolf und die sieben Geißlein« in kraftvollen Bildern wider. Die neuen Marken können im AWO-Wohlfahrtsmarkenshop erworben werden.

Seit zirka 70 Jahren werden die Marken mit Zuschlagserlösen zugunsten der Freien Wohlfahrtspflege herausgegeben. Alle Erlöse, die Haupt- und Ehrenamtliche der einzelnen Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände erzielen, werden direkt vor Ort zur Finanzierung sozialer Maßnahmen eingesetzt.

➔ wohlfahrtsmarken.awo.org
werbung@awo.org

VERBAND

AWO Bundesverband stärkt Transparenz und Kontrolle

Angesichts der Vorfälle und Handlungen in den beiden AWO-Kreisverbänden Frankfurt und Wiesbaden wurde mithilfe des Bundesverbandes ein personeller Neuanfang in den Aufsichtsgremien eingeleitet. Zudem hat kürzlich das Präsidium des AWO Bundesverbandes in einer außerordentlichen Sitzung folgende Maßnahmen zur Verschärfung des AWO-Governance-Kodex beschlossen:

1. Regulierung der Gehälter von Geschäftsführungen

Die Vergütung von Geschäftsführer*innen wird sich weiter am öffentlichen Dienst orientieren. Gleichzeitig werden konkretere und schärfere Vorgaben für den Verband gefasst. Eine Höchstgrenze für die Gesamtvergütung von Geschäftsführer*innen wird festgelegt.

2. Einführung eines Transparenzregisters

Bis Ende des Jahres 2020 werden alle Gehälter (inklusive aller Vertragsbestandteile und Nebeneinkünfte) von Mitgliedern von AWO-Geschäftsführungen in einem zentralen Transparenzregister erfasst.

3. Stärkung der Aufsichtsgremien

Als werteorientierter Mitgliedsverband beaufsichtigt das Ehrenamt die sozialunternehmerischen Tätigkeiten der Verbände. Diese ehrenamtlichen Aufsichtsgremien werden gestärkt und weiter qualifiziert.

4. Interessenkonflikte vermeiden

Die im AWO-Governance-Kodex bereits weitreichenden Vorgaben zur Vermeidung von Interessenkollisionen werden evaluiert und verschärft, um die Anreize derjenigen zu verringern, die sich in erster Linie aus Eigennutz bzw. geschäftlichem Interesse in der AWO engagieren.

5. Zusammenarbeit mit prüfenden Stellen

Die AWO arbeitet auf allen Ebenen und mit allen Kräften offen und transparent mit ermittelnden Stellen und Behörden (z.B. Staatsanwaltschaften, Finanzämtern, Kommunalverwaltungen) zusammen, um alle Verfehlungen rückhaltlos aufzuklären und einer Ahndung zuzuführen.

6. Schutz der Arbeiterwohlfahrt

Unser Name Arbeiterwohlfahrt steht für einen wertebundenen Wohlfahrtsverband mit einer langen Tradition und einer Aufgabe für die Zukunft. Um die »Marke AWO« zu schützen und die eigenen Durchgriffsmöglichkeiten bei Verstoß gegen Regularien gegenüber einzelnen Gliederungen zu verstärken, soll die Nutzung der Marke an eine vom Bundesverband zu vergebende Erlaubnis geknüpft und regelmäßig geprüft werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass jeder Verein/jede Gesellschaft die Compliance-Regeln achtet, der/die das AWO-Logo trägt.

➔ vorsitzender@awo.org

Der Weg zum neuen Grundsatzprogramm

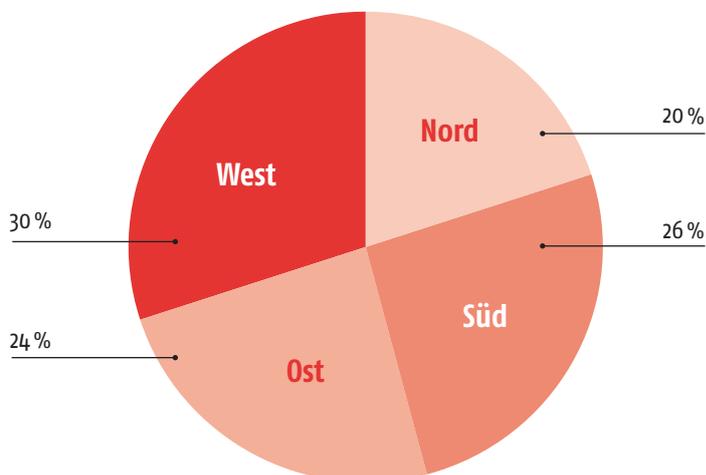
Im Jahr 2012 wurde auf der Bundeskonferenz beschlossen, dass sich die Arbeiterwohlfahrt ein neues Grundsatzprogramm geben will. Ende des Jahres 2014 wurde daraufhin eine Grundsatzkommission gebildet, die über fünf Jahre hinweg einen Prozess beschritten hat, der von der Überzeugung getragen war, dass eine Identifikation mit dem neuen Programm nur durch Beteiligung entsteht.

Auf seinem Weg bis zur Verabschiedung wurde das neue Programm folgerichtig in unterschiedlichen Formaten auf die Probe gestellt. Die Meilensteine, die das Programm genommen hat, lauten wie folgt:

Im Jahr 2015 wurde in den Gremien des Verbandes diskutiert. Angefangen von den Arbeitskreisen der Geschäftsführerkonferenz über die Fachausschüsse des Präsidiums sowie mit korporativen Fachverbänden und in den Abteilungen der Geschäftsstelle wurden Themen aufgeworfen und erörtert. Diese Gespräche waren dann der Grundstein für einen ersten Entwurf, der 2016 auf einer Sozialkonferenz in Koblenz mit dem Verband in Kleingruppen diskutiert wurde. Im Anschluss entstand auf dieser Grundlage ein neuer Entwurf, der 2017 auf einer Fachtagung mit Vertreter*innen aus Stiftungen, Wissenschaft, Gewerkschaften und befreundeten Organisationen erörtert wurde. Ende 2017 und Anfang 2018 fanden dann vier Regionaltreffen in Nord, Süd, Ost und West statt.

Der Antrag zum Grundsatzprogramm wurde im Januar 2019 versendet, und die Antragskommission tagte dann im Herbst desselben Jahres. Am 14. Dezember 2019 wurde das neue Grundsatzprogramm unter dem Titel »Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit« im Rahmen einer Sonderkonferenz in Berlin verabschiedet. ❤️

Teilnehmer*innen (in Prozent) auf den Regionaltreffen – aufgeteilt nach Regionen.



So wurde in über 48 Gremien diskutiert, eine Sozialkonferenz, eine Fachtagung sowie vier Regionaltreffen wurden durchgeführt, die mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten allesamt von der Diskussion unter den Mitgliedern, den Mitarbeitenden, den Engagierten und der Fachöffentlichkeit geprägt waren.

Auf vier Regionaltreffen wurde an acht Thementischen je drei Mal diskutiert. Das macht 24 Runden pro Regionaltreffen. Folglich gab es 96 Diskussionsrunden mit rund 30 Minuten im Schnitt, was einer Beteiligung von 2.880 Minuten entspricht.



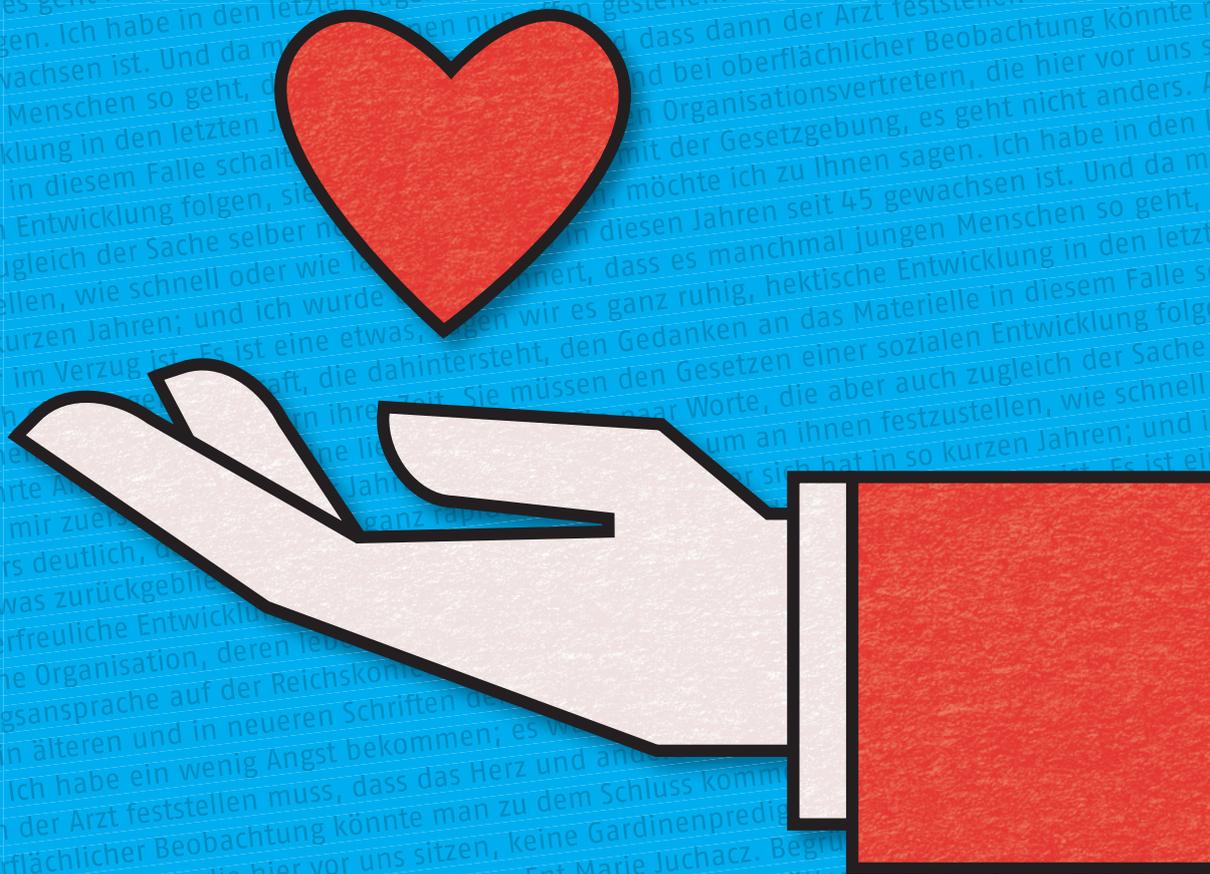
AWO THEMA



Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

cheit
ab

Wir streiten für eine demokratische
Gesellschaft in Vielfalt und begegnen
allen Menschen mit Respekt.



Aufbruch in eine neue Zeit

Was bedeuten die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz zu Beginn des 21. Jahrhunderts? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines innerverbandlichen Diskussionsprozesses für ein neues Grundsatzzprogramm. Nach vier Jahren und pünktlich zum 100. Geburtstag am 13. Dezember 2019 wurde das Programm auf einer Sonderkonferenz am 14. Dezember 2019 in Berlin verabschiedet.



Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

Am 14. Dezember 2019 hat die Arbeiterwohlfahrt auf ihrer Sonderkonferenz ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Damit hat sie am ersten Tag im 2. Jahrhundert die Weichen für die Zukunft gelegt – jetzt kommt es darauf an, das Programm mit Leben zu füllen.

AUTOREN THOMAS BEYER UND MARIUS MÜHLHAUSEN

»Die Zukunft ist offen, wir aber wollen sie gestalten.« So lautet der erste Satz des neuen Grundsatzprogramms der Arbeiterwohlfahrt und unterstreicht vorab den politischen Anspruch des Verbandes. Mit diesem neuen Grundsatzprogramm endet ein langer Prozess, der vor allem gezeigt hat, dass die Arbeiterwohlfahrt ein politischer, ein diskussionsfreudiger und zum Schluss auch ein konsensfähiger Wohlfahrtsverband ist. Jetzt geht es darum, die Botschaften in die Gesellschaft und den Verband gleichermaßen zu tragen. Das ist gewiss keine leichte, doch eine lohnende Aufgabe. Welche Chancen eine Debatte über Grundsätze hat, soll im Folgenden dargestellt werden.

In den vier Jahren auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm haben wir immer wieder gemerkt, wie groß das Bedürfnis nach Austausch und Debatte auch abseits tagespolitischer Themen ist. Wenn man beispielsweise annahm, dass im Rahmen der

vier Regionaltreffen nur wenige Personen über das Thema »Daseinsvorsorge und Subsidiarität« sprechen wollen, dann war man schief gewickelt. Nein, über den Grundaufbau des Sozialstaats, über die Rolle der Europäischen Union und nicht zuletzt auch über das Selbstverständnis der AWO im System der sozialen Daseinsvorsorge wurde intensiv diskutiert. Die Frage, wohin wir in diesem System wollen, treibt Mitglieder und Geschäftsführer*innen gleichermaßen um. Auf Grundlage des Programms nun genau diese Diskussion zwischen unterschiedlichen Personen im Verband weiterzuführen, darin liegt eine echte Chance. Nicht zuletzt, weil der Druck, sich als Träger im Wettbewerb zu behaupten und zugleich den eigenen Grundsätzen zu entsprechen, einen Zwiespalt darstellt, der offenen Austausch verlangt.

Unsere Grundwerte bieten die Chance für Akzente

Dass die Grundwerte der Arbeiterwohlfahrt – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz – dem Programm vorangehen sollen, war unstrittig. Und dennoch haben wir gemerkt, dass viele Mitglieder unterschiedliche Schwerpunkte setzen möchten, wenn es darum geht, unsere Grundwerte zu beschreiben. So haben mit Blick auf den

Am 14. Dezember 2019 wurde das neue Grundsatzprogramm von den Delegierten auf einer AWO-Sonderkonferenz beschlossen.

Grundwert Gerechtigkeit viele Mitglieder immer wieder die Notwendigkeit der Verteilung von Vermögen zur Sprache gebracht, und so heißt es nun auch: »Gerechtigkeit ist auch Verteilungsgerechtigkeit« im neuen Programm. Anderen war vor dem Hintergrund der aktuell immer sichtbarereren Klimakrise wichtig, dass wir mit Blick auf Gerechtigkeit auch den Schutz der Natur zum Thema machen und eine nachhaltige Lebens- sowie Wirtschaftsweise fordern. Am Ende des Prozesses und nach vielen Diskussionen konnten wir als Wohlfahrtsverband für die Zukunft Nachhaltigkeit mit unserem Grundwert Gerechtigkeit verbinden. Hintergrund für diese Entscheidung ist die gewachsene Überzeugung, dass wir, wenn wir die Ursachen der Klimakatastrophe bekämpfen wollen, die konkrete sozioökonomische Lebenswirklichkeit von Menschen zu berücksichtigen haben. Genauso wollen wir in der Debatte verdeutlichen, wer das Klima am stärksten schädigt und wer nun Gefahr läuft, überwiegend die Kosten zu tragen. Über die konkrete Ausgestaltung dieses Verhältnisses, über einen sinnvollen Brückenschlag auch zu Klimainitiativen vor Ort, muss, kann und sollte jedoch weiter diskutiert werden. Hier versteht sich das Grundsatzprogramm nicht als Endpunkt der Debatten, sondern bietet den verbandlichen Rahmen, auf dessen Grundlage wir aufbauen sollten.

Das Grundsatzprogramm ist eine Einladung

Eine Verschiebung mit Blick auf das Programm von 1998 hat im neuen Programm auch dahingehend stattgefunden, dass nun als Teil der verbandlichen Gemeinschaft ganz bewusst neben den Mitgliedern die Mitarbeitenden und die Engagierten genannt werden. Das ist vor dem Hintergrund der wachsenden Mitarbeiterzahl und des Ansinnens des Verbandes, diese auch einzubinden, nur folgerichtig. Zudem erleben viele Gliederungen vor Ort den Trend im Engagement, dass viele Menschen sich, auch ohne Mitglied zu werden, bei der AWO engagieren und bei der Gestaltung des Verbandes mit einzubinden sind.

Und so können das neue Programm und seine Inhalte auch dazu genutzt werden, vor Ort diese unterschiedlichen Personen zusammenzubringen und weiter an den Verband zu binden. Die Tatsache, dass wir in der Lage sind, uns auf Grundpositionen zu

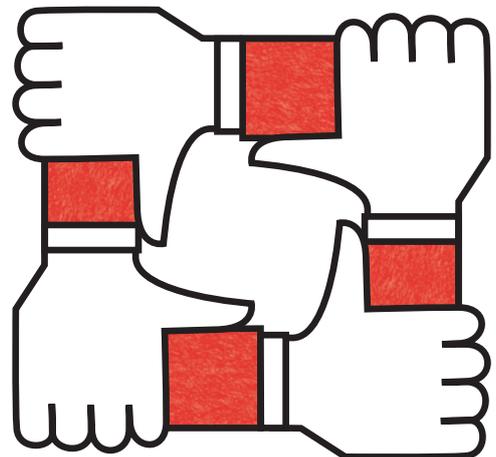
einigen und sie als gesellschaftliche Ziele nach außen zu tragen, ist eine echte Chance, um mehr Menschen für uns als politische Organisation zu begeistern, aber auch Fachkräften unseren ideenpolitischen Überbau zu zeigen und zu überzeugen.

Im Kern besteht der Wunsch, dass das verabschiedete Grundsatzprogramm nicht als abgehaktes Projekt im Schrank verweilt, sondern dass es genutzt wird, um aktiv mit den Mitgliedern, mit Engagierten, mit Mitarbeitenden und Interessierten in den Austausch zu treten. Es wird sich gewiss lohnen! ❤️

➔ **Dr. Thomas Beyer** ist Professor für Recht in der Sozialen Arbeit an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule Nürnberg. Er ist Landesvorsitzender der AWO Bayern und Erster Vizepräsident des AWO Bundesverbandes. Er war Leiter der Grundsatzkommission zur Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms.
E-Mail: thomas.beyer@th-nuernberg.de

➔ **Marius Mühlhausen** ist Leiter der Stabsstelle für Grundsatz- und Zukunftsfragen beim AWO Bundesverband und war hauptamtlich Prozessverantwortlicher für die Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms der AWO.
E-Mail: marius.muehlhausen@awo.org

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.



Beteiligung im Quartier

AUTOR DANIEL SIELAFF

»Wer Menschen befähigen will, den eigenen Möglichkeitsraum zu erweitern, muss innerhalb ihrer Lebenswelt agieren.« Diesem Grundsatz der Gemeinwesenarbeit folgt der AWO-Stadtteiltreff im Quartier Goosmanns Tannen der Mittelstadt Lingen im südlichen Emsland. Die Mitarbeiter*innen des Gemeinwesen-zentrums betrachten sich dabei als Begleiter*innen und Unterstützer*innen, als Stimme, nicht als Bestimmer. Beteiligung, Begleitung und Begegnung, das Erlangen und Wahren von Autonomie bilden die zentrale Rolle und werden in dem benachteiligten Quartier durch ein Maßnahmenpaket gefördert, welches im weitläufigen Umland einmalig ist.

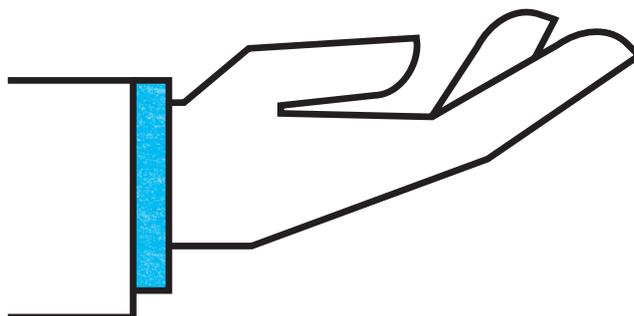
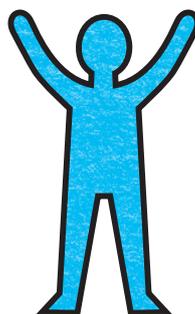
Ergänzend finanziert durch Projektmittel des Landes Niedersachsen (NBank) und der Stadt Lingen in Höhe von insgesamt 40.000€uro etablieren sich zurzeit neben dem sogenannten Café 107 eine Beratungsstelle sowie ein Ortsteilrat. Das Café 107 (zu Zeiten des Projektentwurfs lebten Menschen aus 107 Nationen in der Stadt) dient dabei der Begegnung einer sehr heterogenen und pluralistischen Bewohnerschaft und übernimmt durch einen wöchentlich stattfindenden Mittagstisch auch Versorgungsaufgaben. Ergänzt durch eine vor Ort angebotene klientenzentrierte lösungs- und ressourcenorientierte Sozialberatung, werden Problemlagen dort aufgegriffen und behandelt, wo sie entstehen und sich verfestigen: in der unmittelbaren Umwelt. Diesbezüglich gilt es auch, Angebote für das Erlangen adäquaten Freizeitverhaltens junger Menschen zu bieten, welches auf dem Abenteuerspielplatz der Einrichtung begleitet gefördert wird.

Im Sinne des Grundsatzprogramms der AWO gilt bei allen vor Ort angebotenen Einsatzbereichen die Aufmerksamkeit der Aktivierung, der Teilhabe, dem sozialen Engagement und dem Engagement für die Verbesserung von Lebensqualität für alle in diesem Raum lebenden und handelnden Menschen. Der Ortsteilrat sieht hierin seine Hauptaufgabe. Um eine nachhaltige Entwicklung im Quartier zu erreichen, setzt sich dieser gezielt für die Interessen und Bedürfnisse der Bewohner*innen vor Ort und kommunalpolitisch ein. Diese anspruchsvolle und bedeutende Aufgabe wird durch Bildungsangebote und Qualifizierungsmaßnahmen begleitet.

Die Umsetzung dieses Maßnahmenpakets ist nur durch das Netzwerk der engen Partner möglich. Neben dem AWO Kreisverband Emsland sind die Ländliche Erwachsenenbildung Niedersachsen, die Tafel Lingen, die Gesamtschule Emsland sowie das AWO Kreisjugendwerk Emsland und der AWO Ortsverein Lingen Garanten für die hohe Qualität und Stabilität des Wirkens im Stadtteil und darüber hinaus. Dies ermöglicht Menschen, »ihre Lebenserfahrungen in ihrer Umgebung, mit ihren Sinngehalten, mit ihren Werten und mit ihren Zielen« machen zu können. 

➔ Daniel Sielaff • AWO-Stadtteiltreff Abenteuerspielplatz Lingen • Tel 0591/74647

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.





Als erster Wohlfahrtsverband in Sachsen-Anhalt wurde die AWO erfolgreich nach dem europäischen EMAS-Standard überprüft. Durch die IHK wurden 26 AWO-Einrichtungen ausgezeichnet. Das ist ein Drittel der insgesamt 75 EMAS-Standorte in Sachsen-Anhalt.

Gerechtigkeit im Alltag

Die AWO in Sachsen-Anhalt setzt den klar im Grundwert »Gerechtigkeit« formulierten Anspruch des neuen Grundsatzprogramms in ihren Einrichtungen schon jetzt ganz praktisch um.

AUTORIN CATHLEEN PAECH

Aus dem neuen Grundsatzprogramm

»Gerechtigkeit erfordert, unsere Lebensweise für kommende Generationen und zum Wohl der Natur nachhaltig zu gestalten.«

EMAS-Zertifikate für Umweltmanagement

Der AWO Landesverband Sachsen-Anhalt ist nun auch amtlich ein Vorreiter in Sachen Umweltschutz. Auch die Sozialwirtschaft ist gefragt, ihre betrieblichen Prozesse zu hinterfragen und umweltschonender zu gestalten. Der AWO Landesverband Sachsen-Anhalt hat schon seit 2015 verschiedene Öko-Zertifizierungen durchlaufen. In diesem Jahr ist der Wohlfahrtsverband einen Schritt weitergegangen und hat damit gleich vielfach Neuland betreten:

1. Als erster Wohlfahrtsverband in Sachsen-Anhalt hat sich die AWO erfolgreich nach dem europäischen EMAS-Standard überprüfen lassen.
2. Die Auditierung ist in einem Verbund-Verfahren mit 26 Standorten erfolgt.
3. Der Verband hat als bundesweit zweite AWO-Gliederung die Zertifikate für die Einführung des neuen EU-Umweltmanagementsystems durch die IHK Magdeburg erhalten.

Die AWO hat damit gezeigt, dass gleich ein ganzer Verband mit zahlreichen medizinischen und sozi-

alen Einrichtungen eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie auf die Beine stellen kann. Insgesamt umfasst die Zertifizierung in Sachsen-Anhalt drei Krankenhäuser mit ihren Tageskliniken, 13 Seniorenzentren, zwei Heimbetriebe, zwei Kitas, Nachbarschaftstreffs, Beratungsstellen und die Geschäftsstelle.

»Wir sind bereits vor einigen Jahren mit dem Programm Ökoprotit in das Thema Nachhaltigkeit eingestiegen. Die dabei entwickelten Konzepte nun in unser Managementsystem zu überführen, war für uns ein logischer Schritt«, erläuterte Wolfgang Schuth, Vorstandsvorsitzender des AWO Landesverbandes Sachsen-Anhalt e. V. Das EMAS-Konzept sei dabei sowohl vom Anspruch als auch vom Aufbau her die sinnvollste Lösung gewesen. »Wir können mit EMAS eine gute Geschichte erzählen«, ist Schuth überzeugt, denn: »Umweltmanagement ist gutes Management! Viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Lust, das Prinzip Nachhaltigkeit im Unternehmen umzusetzen. Die Pflicht zur nachhaltigen Lebensweise nun auch in den Grundwerten der AWO zu verankern, war ein folgerichtiger Schritt.«

Zum Hintergrund

EMAS ist die Kurzbezeichnung für Eco-Management and Audit Scheme, vielfach bezeichnet als EU-Öko-Audit. EMAS wurde von der Europäischen Union entwickelt und ist ein Gemeinschaftssystem aus Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung für Organisationen, die ihre Umweltleistung verbessern wollen. Die EMAS-Verordnung (Öko-Audit-Verordnung) misst der Eigenverantwortung der Wirtschaft bei der Bewältigung ihrer direkten und indirekten Umweltauswirkungen eine entscheidende Rolle zu. ♡

➤ Cathleen Paech • presse@awo-sachsenanhalt.de

Demokratie ist eine Lebensform

Der Rechtswissenschaftler Christoph Möllers diskutiert im Interview mit der AWO Ansicht Anforderungen an eine Demokratie, die Bedeutung von Parteien und Initiativen aus der Zivilgesellschaft.

INTERVIEW PETER KULEGA

Inwieweit ist für die Demokratie wichtig, dass sie von Menschen gelebt wird?

MÖLLERS Ich würde drei Aspekte unterscheiden. Erstens: die formale Struktur, die es braucht und die erlaubt, dass es so etwas wie Regierungswechsel und demokratische Gleichheit gibt. Zweitens: die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die vorliegen müssen, damit Demokratie funktioniert. Die sind gar nicht so einfach zu definieren, weil wir sehr unterschiedliche Gesellschaften kennen, in denen Demokratie funktioniert. Drittens: eine Form von spezifischer Kultur der Auseinandersetzung. Es gibt offenere, härtere Konfliktkulturen – die härteste vielleicht die USA –, und es gibt andere, wo man keine offenen Konflikte führt – dafür ist Japan ein gutes Beispiel. Die drei Aspekte wirken natürlich aufeinander zurück und sind nicht unabhängig voneinander. Trotzdem sollte man sie unterscheiden.

Demokratie kann eigentlich nicht losgelöst sein von ökonomischen Voraussetzungen oder Bildungszugängen der Individuen. Wie stark würden Sie das in Anschlag bringen für eine funktionierende Demokratie?

MÖLLERS Sicher: Das eine ist der Begriff und das andere seine Voraussetzung. Klar ist, dass ein Zusammenhang existiert, weil es demokratische Prozesse nur dann gibt, wenn möglichst viele Menschen die faktische Möglichkeit haben, daran teilzunehmen. Da sind Bildungs- und soziale Chancen natürlich von besonderer Bedeutung. Andererseits sollte man immer vorsichtig mit diesem Argument sein, weil es auch umgedreht werden kann und plötzlich so

verwendet wird, dass es unterhalb eines bestimmten Bildungsniveaus nichts bringt, Menschen in den politischen Prozess einzubeziehen. So herum darf man es natürlich nicht wenden.

Trotzdem ist es notwendig, dass, wenn man an etwas teilnehmen will, man eine gewisse Kenntnis von dem hat, was da passiert.

MÖLLERS Klar. Deswegen spricht auch empirisch einiges dafür, dass Investitionen ins allgemeine Bildungssystem und in die politische Bildung tatsächlich Effekte haben für die Immunisierung von Demokratien gegen autoritäre Anfeindungen.

Wie sollte Demokratie vor diesem Hintergrund idealerweise institutionalisiert werden?

MÖLLERS Ich bin ein Freund einer Minimaldefinition der Demokratie, weil ich glaube, dass Demokratien sehr unterschiedlich aussehen können. Demokratische Gemeinschaften werden immer ihren eigenen institutionellen Stil haben. In Deutschland haben wir zum Beispiel eine sehr starke Verfassungsgerichtsbarkeit und ein hohes Vertrauen in solche Kontrollen. Das kennen viele andere Länder nicht. Es gibt Länder, die sehr gut damit zurechtkommen, Volksabstimmungen oder Referenden zu initiieren: die Schweiz etwa. Das haben wir in Deutschland auf Bundesebene nicht. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie Parlament oder Parteiensysteme funktionieren. Für uns ist der Föderalismus sehr wichtig – ebenso für die USA, wenn auch auf eine andere Art. Den Franzosen kommt Föderalismus potenziell undemokratisch vor, weil er einen Bruch mit einer auf einen Volksbegriff zugeschnittenen demokratischen Gleichheit darstellt. Kurzum: Bleiben wir vielleicht besser bei etwas Kerndefinition und beobachten dann, wie das mit den sozialen Bedingungen zusammenpasst. Zu viel Institutionelles sollte man auf dem Reißbrett nicht entwerfen.

Wo sehen Sie die Aufgabe der Zivilgesellschaft für eine vitale Demokratie und welchen Beitrag können Verbände wie die AWO für Demokratieförderung leisten?

MÖLLERS Der erste zivilgesellschaftliche Beitrag zur Demokratie ist die Art und Weise, in der man selber als Organisation intern operiert. Demokratie ist – zwar nicht juristisch, aber politiktheoretisch – eine Lebensform. Die Art und Weise, wie man miteinander umgeht, kann demokratisch sein oder autoritär. Es wird hierzulande in der Diskussion etwas unterschätzt, dass wir Demokratie nur verstehen können, wenn wir einen Umgang als anerkannte



Gleiche alltäglich einüben können. Dazu gehört es, Konflikte zu führen und nicht zu vermeiden. Dazu gehört es, Konflikte als eine Normalität zu empfinden, die die elementare Gleichheit der Beteiligten nicht infrage stellt. Das scheint mir sehr wichtig zu sein. In ihrem Wirken nach außen müssen sich zivilgesellschaftliche Organisationen immer zweierlei überlegen: Zum einen, dass alles, was man will, einer politischen Vermittlung bedarf, und, zweitens, dass wir Politik nicht einfach als Ansammlung von Interessen und Projekten verstehen können. Der Begriff der Zivilgesellschaft wird da schnell zu einer problematischen Kategorie.

Inwiefern?

MÖLLERS Er wird oftmals schnell missverstanden. Nach der Devise: Menschen organisieren sich, gründen einen kleinen Verein, haben Projekte – wofür brauchen wir da noch Politik? Politik brauchen wir aber, um die Externalitäten, die Effekte, die das für alle anderen hat, aufzufangen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten in ihrem Handeln die Angewiesenheit auf einen allgemeinen, parteipolitisch vermittelten Prozess immer wieder einsehen. Sonst ist man schnell bei einem Bertelsmann-Stiftungsmodell, wonach alle irgendwie vor sich hin wurschteln und man am Ende nicht mehr weiß, wofür Politik noch gebraucht wird.



DR. JUR. CHRISTOPH MÖLLERS

ist Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Verfassungsrecht, und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

➔ moellers@rewi.hu-berlin.de

Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten zudem bereit sein, alle ihre Anliegen rhetorisch-semantic zu relativieren. Organisationen sollten sehen, dass sie in einer Umwelt leben, in der es immer entgegengesetzte Interessen gibt. Man hat manchmal das Gefühl, dass die sich selbst organisierten Interessen im Ganzen auf der Suche nach öffentlicher Aufmerksamkeit ein bisschen maßlos sind, die Relevanz ihrer eigenen Interessen verabsolutieren und damit den Leuten suggerieren, dass der projektpolitische Prozess nicht funktioniert. Dabei zeigt sich wiederum die Kompromissfähigkeit und Leistungsfähigkeit des politischen Prozesses genau darin, dass die organisierten Interessen nicht alles von dem bekommen, was sie wollen. Kurzum: Es geht um Demokratieverziehung in ganz alltäglichen Kontexten; es geht darum, die Angewiesenheit auf politische Prozesse wirklich zu kommunizieren und zu verstehen und nicht zu glauben, dass es auch ohne ginge.

Die AWO wurde im Dezember 2019 hundert Jahre alt. Welche Rolle sollte ein Wohlfahrtsverband wie die AWO in der Zukunft für ein soziales und demokratisches Miteinander in Ihren Augen spielen?

MÖLLERS Grundsätzlich ist es wichtig, dass ein Wohlfahrtsverband die genuin politische Funktion von Wohlfahrt immer wieder herausstellt und sagt: Es geht hier nicht nur um Solidarität und Gerechtigkeit, sondern es geht auch darum, dass eine politische Ordnung nur unter den Bedingungen von Solidarität und Gerechtigkeit funktionieren kann. Das Anliegen von Wohlfahrtsverbänden ist eines, von dem auch die Menschen etwas haben, die nicht unmittelbar profitieren. Die AWO arbeitet auch im Interesse von bürgerlichen Mittelschichten und wohlhabenden Leuten. Das ist ganz wichtig. Ihre Klientel ist das Ganze. Das muss man gerade den Menschen, denen es besser geht, immer wieder deutlich sagen. ❤️

➔ Die Langfassung des Interviews befindet sich im Sonderband 2019 (S. 24–31) der Fachzeitschrift »Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (TUP)«. Die Redaktion dankt dem Autor und der TUP-Redaktion für die Ermöglichung einer Kurzfassung für diese Ausgabe.

Ohne Haltung keine Zukunft!

AUTOR WOLFGANG STADLER



Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Wer sich unser Grundsatzprogramm von Anfang bis zum Ende durchliest, wird bei einigen Sätzen hängen bleiben, durchatmen und sich über die klare politische Forderung, über die Haltung unseres Verbandes freuen. Und ich bin überzeugt, dass es ebendieses Gefühl ist, dass es unsere Grundsätze sind, die uns als Arbeiterwohlfahrt auszeichnen. Sie sind es, die unsere DNA bestimmen, sie sichern unsere Zukunft. Umso schmerzhafter sind die aktuellen Skandale in den Kreisverbänden Wiesbaden und Frankfurt. Sie spiegeln keineswegs die Verbandswirklichkeit wider und treffen uns genau deswegen tief ins Mark. Deshalb setzen wir alles daran aufzuklären, durchzugreifen und unserem Verband das nötige Rüstzeug an die Hand zu geben.

Dabei packen wir Themen an, die heikel sind, die inhaltlich schwer zu durchschauen sind. Und aufgrund unseres dezentralen Aufbaus ist es nicht leicht, Durchsetzungsstärke zu beweisen. Doch all unsere Bemühungen sind alternativlos, und wir müssen in diesem Jahr klare Beschlüsse fassen. Unser 2017 verabschiedeter AWO-Governance-Kodex ist auch

hier unser Ausgangspunkt. Die aktuellen Vorfälle in den beiden Kreisverbänden zeigen jedoch auf, wo wir klarer, wo wir deutlicher werden müssen. Dabei geht es im Kern um drei Aspekte.

Was zu tun ist

Erstens brauchen wir mehr Transparenz bei den Gehältern der Geschäftsführer*innen. Wir müssen ein zentrales Transparenzregister aufbauen, das durch externe Expert*innen begutachtet wird und Verstöße sofort ahndet.

Zweitens müssen wir die Gehälter von Geschäftsführer*innen regulieren. Ganz gleich, wer oder was unsere Referenz ist, wir müssen unseren eigenen Grundsätzen und Überzeugungen treu bleiben. Deshalb orientieren wir uns weiter am öffentlichen Dienst und müssen zugleich konkretere und schärfere Vorgaben für den Verband fassen. Noch dazu brauchen wir eine vertretbare Höchstgrenze und müssen die Nachwuchsförderung – mit dem Ziel, wertebundene Fachkräfte zu schulen – ernster nehmen.

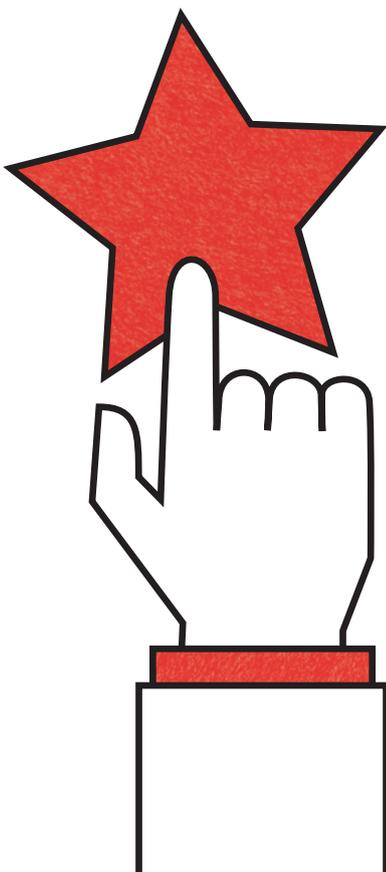
Drittens müssen wir die Aufsichtsgremien stärken. Als wertorientierter Mitgliederverband führt kein Weg daran vorbei, dass unser Ehrenamt unsere sozialunternehmerischen Tätigkeiten beaufsichtigt. Also sind wir verpflichtet, sie zu stärken und zu ermutigen, bei kritischen Fragen Beratung hinzuzuziehen. Hierzu werden wir auf die Qualifizierung bestehender Strukturen setzen, klare

Ansprechpersonen benennen und auf eine gezielte Schulung qualifizierten Nachwuchses für ehrenamtliche Aufsichtsgremien setzen.

In der Zusammenschau sind das harte Brocken, die von uns allen einen Einsatz erfordern, der über das normale Maß hinausgeht. Wer aber in die Geschichte unseres Verbandes schaut, dem zeigt sich, dass es immer wieder diese Momente gab. Momente, die von allen verlangt haben, Abstand zu nehmen vom Tagesgeschäft, sich der historischen Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt bewusst zu werden und auch die größten Hürden mit Haltung zu nehmen. Denn nur mit Haltung haben wir eine Zukunft. ❤️

➔ Wolfgang Stadler • AWO-Bundesvorsitzender
vorsitzender@awo.org

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.



Grundsatzprogramm vor Ort

AUTOR HARALD KRAUS

Organisationen und Verbände geben sich üblicherweise ein Grundsatzprogramm. Das gilt vor allem für Institutionen, die im politischen Raum agieren und von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden wollen. In der AWO dient die Verabschiedung eines Grundsatzprogramms auch zur Selbstvergewisserung und als Orientierungshilfe für alle ehren- und hauptamtlich in der AWO Engagierten.

Aus der Perspektive eines kleineren Ortsvereins – als Vertreter eines solchen war ich an der Regionalkonferenz Süd beteiligt – hat das Grundsatzprogramm nur einen gelegentlich auftretenden Stellenwert, da sich die Aktivitäten meist auf Veranstaltungen der Seniorenkreise oder anderer kleinerer Gruppen beschränken, wo es naturgemäß nicht um programmatische Inhalte, sondern um ganz praktische und individuelle Fragen geht. Diese beherrschen meist das Geschehen in kleineren Ortsvereinen, ohne dass in der Regel eine Beschäftigung mit dem Grundsatzprogramm stattgefunden hat oder voraussichtlich stattfinden wird. Es bietet den AWO-Gliederungen aber jetzt eine Plattform, bei passenden Gelegenheiten die Leitsätze der AWO bekannt zu machen und darauf einzugehen.

In der Praxis

Wichtig ist das Grundsatzprogramm aber vor allem für die haupt- und ehrenamtlichen Funktionsträger*innen der AWO, die sich an den dem Programm vorangestellten Leitsätzen orientieren und sich immer wieder vergegenwärtigen müssen, ob und wie sie diese in der praktischen Arbeit vor Ort umsetzen können. Dies geschieht in der Regel, indem örtliche bzw. lokale Probleme aufgegriffen werden, zu eifrigen Diskussionen und gelegentlich zu Initiativen führen.

Diese Themen haben mit den Grundwerten der AWO – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz – auf Anhieb nicht ohne Weiteres etwas zu tun, bei näherer Betrachtung aber doch eine ganze Reihe von Berührungspunkten. Nicht immer und in jedem Punkt stimmen die Auffassungen unserer Mitglieder mit dem Leitbild der AWO überein, hier ist viel Überzeugungsarbeit nach innen angesagt (zum Beispiel beim Thema Migration).

Jetzt kommt es darauf an, die Grund- und Leitsätze als Orientierungs- und inhaltliche Arbeitshilfe anzuwenden und somit das Programm nachhaltig mit Leben zu füllen. Gelegentlich eine Evaluierung vorzunehmen, wäre sachgerecht. Eine »Handreichung«, wie die Anliegen des Grundsatzprogramms sinnvoll umgesetzt werden können, wäre aus Sicht der Ortsvereine sinnvoll.

➔ Harald Kraus • Ortsvereinsvorsitzender • Ortsverein Eislingen/Fils e. V.
kraus.eislingen@googlemail.com

Grundsatzprogramm, wirklich? Wirklich!

AUTOREN MICHAEL SCHEFFLER UND TOBIAS KAIM

Die Arbeiterwohlfahrt hat auf Bundesebene ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Und das passend im Jubiläumsjahr 2019, 100 Jahre nach der Gründung durch Marie Juchacz. Im Jahr 1998 wurde das letzte Grundsatzprogramm verabschiedet und 2005 leicht angepasst. Seitdem ist viel passiert. Wir sind in einer schnelllebigen Zeit angelangt und erleben eine immer dichtere Folge von relevanten gesellschaftspolitischen Themen. Auch die Struktur der sozialen Systeme und der Kommunikation ändert sich. Ist in solch bewegten Zeiten ein Grundsatzprogramm überhaupt noch zeitgemäß? Ja!

Denn diese Zeiten rufen nach Achtsamkeit. An jeder Ecke können Fake News und Falschmeldungen auflauern, die uns als Verband betreffen. Hier bedarf es gemeinsamer Handlungsgrundsätze, nach denen sich alle Gliederungen richten können. Wir als AWO verstehen uns als werteorientierter Verband und können mit klar definierten Werten auch neoliberaler Politik etwas entgegensetzen. Das Grundsatz-

programm, das nun über fünf Jahre erarbeitet wurde, ist aber viel mehr als nur Papier. Konferenzen, Veranstaltungen, Workshops und sogar der Versuch von digitaler Beteiligung von AWO-Mitgliedern und der Öffentlichkeit haben den Gestaltungsprozess vorangebracht. Dabei ist diese Arbeit genauso wichtig wie das Endergebnis, denn sie zeigt, dass sich alle Interessierten eingebracht, an einem Strang gezogen und den gemeinsamen roten Faden aller Gliederungen gefunden haben.

Wir haben ein umfangreiches Programm aufgestellt, ja. Aber keine Monstranz. Vielmehr geht es doch um Flexibilität. Keinesfalls darf das neue Programm einfach in Stein gemeißelt stehen. Es muss auch in Zukunft angepasst und ergänzt werden können. Es muss ganz klar auf die sich ändernde Gesellschaft zugeschnitten werden.

Nach der Legitimierung des Grundsatzprogramms auf der Bundeskonferenz im vergangenen Jahr ist jetzt aber die Zeit gekommen, das Programm auch in der AWO mit Leben zu füllen. Sowohl ehrenamtliche als auch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten sich mit dem neuen Programm auseinandersetzen und gemeinsam nach Wegen der Umsetzung suchen. Auch die Verständlichkeit des Programms wird darüber entscheiden, wie viele Menschen sich dessen am Ende tatsächlich annehmen. Deshalb ist es auch wichtig, dass das Programm bereits in Leichter Sprache und in einer Kurzfassung zur Verfügung gestellt wird.

Die AWO bleibt die AWO, und das ist gut. Wir bekennen uns weiterhin mit aller Kraft zu unserem Sozialstaat und dem Rechtsanspruch der Menschen auf sozialstaatliche Unterstützung, die nicht einer reinen Ökonomisierung unterzogen wird. Aber wir werden uns auch selber stärker auf die Finger schauen müssen, wenn die Menschen uns weiter vertrauen sollen. ❤️



Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

➔ Michael Scheffler • Vorsitzender des AWO Bezirksverbandes Westliches Westfalen

➔ Tobias Kaim • Volontär beim AWO Bezirksverband Westliches Westfalen

Nachhaltigkeit ist wichtig



Nils Opitz-Leifheit war Mitglied in der Kommission für das neue AWO-Grundsatzprogramm. Im Interview erklärt er die Bedeutung von Nachhaltigkeit für das neue Programm.

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Warum ist Nachhaltigkeit im Grundsatzprogramm eines Wohlfahrtsverbandes wichtig?

Die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen durch Klimawandel, Umweltzerstörung und Artenschwund geht uns alle an. Wir sind alle gefordert gegenzusteuern. Zugleich sollten wir nicht vergessen, dass Nachhaltigkeit auch soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit meint. Zumeist werden bei dem Thema nur die Umweltaspekte gedacht. Für uns als Wohlfahrtsverband ist Nachhaltigkeit aber auch aus ganz praktischen Gründen »unser Thema«: Als Besitzer Hunderter Gebäude und Tausender Fahrzeuge; als Einkäufer von Lebensmitteln und anderer Produkte zum Kochen in Kitas und Pflegeheimen; mit Blick auf Heizungs- und Stromkosten in unseren Einrichtungen. Bei jeder dieser Handlungen kann man mehr oder weniger nachhaltig handeln. Beschafft man E-Autos, Hybridautos oder klassische Diesel und Benziner? Spielt beim Einkauf auch Regionalität und Bio eine Rolle? Werden neue Häuser mit oder ohne Solaranlage, mit oder ohne Kraftwärmekopplungsanlage, mit oder ohne modernste Dämmung und Energieeinsparung gebaut? Schon ein kleiner Ortsverein kann bei der Auswahl seiner Ausflüge, beim Einkauf von fairem Kaffee von AWO International oder beim nächsten Grillfest darauf achten. Kurzum: Die AWO kann viel tun.

2 Wie wird im neuen Grundsatzprogramm Nachhaltigkeit verstanden?

Es gab im Verband interessante und berechtigte Diskussionen darüber, ob man nicht den fünf bisherigen Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz einen sechsten Grundwert »Nachhaltigkeit« hinzufügen sollte. Es wurde sich dagegen entschieden. Denn: Unsere Grundwerte sind deshalb so gut und langlebig, weil sie universell sind. Der Klimawandel bedroht letztlich die

Freiheit vieler Menschen auf der Welt und erst recht die Freiheit nachkommender Generationen.

Umweltzerstörung geht mit massiver Ungerechtigkeit einher, weil nicht alle die Schäden ausbaden müssen, die wenige angerichtet haben. Und unsere heutige Lebens- und Wirtschaftsweise ist zutiefst unsolidarisch gegenüber unseren Nachkommen.

3 Wie gerecht muss nachhaltiges Leben sein?

Die Politik muss dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit und Klimaschutz soziale Ungleichheit nicht noch verschärfen. Wer nur Treibstoff verteuert, Ölheizungen verbietet und Parkplätze in den Städten reduziert, der schränkt Mobilität und Lebensqualität der Geringverdienenden ein, während Wohlhabende weiterhin mit dem Helikopter zu ihrer Skipiste fliegen oder mit 400-PS-Autos über die Autobahn rasen können. Demgegenüber wäre beispielsweise ein vernünftiges Tempolimit auf allen Straßenarten wie in Frankreich nicht nur eine klimapolitisch sinnvolle, sondern zugleich auch eine gerechte Maßnahme. Wir müssen also nicht nur an die Gerechtigkeit gegenüber unseren Enkelinnen und Enkeln denken, sondern auch an soziale Gerechtigkeit heute. ❤️



NILS OPITZ-LEIFHEIT

ist Mitglied des Präsidiums des AWO Bundesverbandes und Vorsitzender des AWO Bezirksverbandes Württemberg.

➔ bezirksverband@awo-wuerttemberg.de

Programmarbeit als Geschenk

AUTORIN PETRA HEMMELMANN

Mehr als vier Jahre und unzählige Beteiligte: In ihr Grundsatzprogramm hat die AWO viel Zeit und Arbeit investiert – und daran tat sie gut, denn Programme erfüllen für politische Organisationen zentrale Funktionen.

Am auffälligsten ist die Werbefunktion: Potenzielle Mitglieder sollen angesprochen und gebunden werden. Dabei ist es sinnvoll, sich von der Konkurrenz abzugrenzen und klar zu profilieren. Ein Programm steckt zudem den Rahmen für künftiges Handeln ab und hat die Macht, Themen in den Fokus zu rücken und damit den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen. Damit spielt Programmatik für die Demokratie an sich eine tragende Rolle: Auf Basis eines transparenten Angebots können sich Bürger rational im Sinne ihrer Interessen für eine Organisation entscheiden. Programme ermöglichen es ihnen zudem, die Einhaltung der Versprechen einer Organisation zu kontrollieren. Sie regen an zu Partizipation und tragen damit bei zur gesellschaftlichen Integration.

Aber wie viele Bürger lesen tatsächlich Programme? Viel Lärm also um nichts? Mitnichten. Selbst wenn ein Programm außerhalb nicht rezipiert würde, blieben die positiven Effekte, die es nach innen, in die Organisation hinein freisetzt. Von zentraler Bedeutung ist mehr als das Endprodukt dessen Entstehung. Die Programmarbeit regt in der Organisation einen Prozess der Selbstverständigung, der Auseinandersetzung mit sich selbst, an. Dabei treffen unterschiedlichste Ansichten



DR. PETRA HEMMELMANN

ist Redakteurin in der Kommunikationsabteilung der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und bei der medienethischen Fachzeitschrift *Communicatio Socialis*.

➔ petra.hemmelmann@ku.de

über Werte, Positionen und Ziele aufeinander, werden verhandelt und abgewogen, Kompromisse werden formuliert und schließlich gebündelt zu einem Programm, für das alle Mitglieder fortan gemeinsam stehen. Damit schafft Programmatik organisationsintern klare Verhältnisse und kann als Handlungsanleitung und Legitimation dienen. Programmarbeit setzt die Integration der sozialen Gruppe in Gang, es entsteht organisationale Identität. Das gemeinsame Bekenntnis ist die Grundlage für die Motivation der Mitglieder: Durch Programmarbeit wird aus der Organisation ein Stück Heimat. Das Ergebnis sind Geschlossenheit und Aktionsbereitschaft. Das gilt umso mehr, wenn die Chance genutzt wird, möglichst viele Mitglieder zu mobilisieren, indem Gremien auf verschiedenen Ebenen beteiligt werden.

Deutlich wird: Programme helfen nicht nur, Mitglieder zu gewinnen, sondern insbesondere die politische Identität zu klären und zu sichern. Viel Wichtigeres kann es für eine politische Organisation gar nicht geben – und damit ist allein die Programmarbeit schon als Geschenk zu betrachten. ❤️

IM NÄCHSTEN HEFT

Eltern stärken.

Eltern stehen vor anspruchsvollen Erziehungs- und Bildungsanforderungen. Ein Heft über Bildungs-, Informations- und Beratungsangebote, die Eltern bei Bedarf ohne große Hürden in Anspruch nehmen können.

